

zeitschrift zur kritik der globalen ökonomie

lunapark

21

labournet.de Germany

Eurocrash, Griechenland & Totsparen

KAI EICKER-WOLF
HANNES HOFBAUER
WINFRIED WOLF
LUCAS ZEISE

Spezial China:

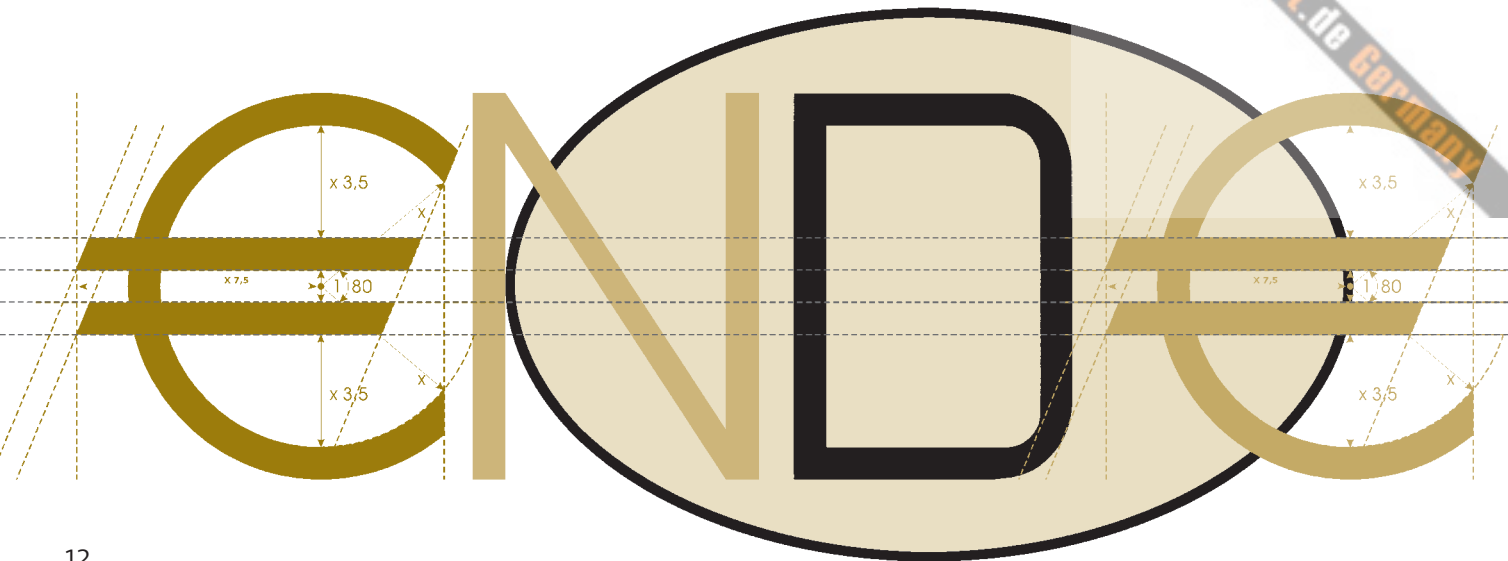
A. G. FRANK · TOMASZ KONICZ
KARL HEINZ ROTH
PETER STROTMANN
CHRISTA WICHTERICH

Debatte:
Attac-Bankentribunal

Interview:
DIETMAR DATH

5,50 EURO // HEFT 10 ▶ SOMMER 2010





Zeichen vom Euro-Ende

Die deutsch konstruierte Währungsunion wird scheitern

Lucas Zeise

Es ist kein Vergnügen, mit den Folgen der Krise leben und sie am Schluss ausbaden zu müssen. Vergnüglich allerdings ist es, die Panik, die Ratlosigkeit und das Zickzack-Laufen der Regierenden zu betrachten. In der Griechenland-, Euro- und Staatsfinanzenkrise hat sich die deutsche Regierung ganz besonders inkompetent dargestellt. Nicht nur die Bild-Zeitung, Roland Koch und die konservativen Wähler sind unzufrieden mit der Kanzlerin. Auch die Präsidenten Sarkozy und Obama schütteln die Köpfe über den Unverstand in Berlin. Sogar der als wandelnde, neoliberale Kompromissfigur an die Spitze der EU-Kommission plazierte Juan Manuel Barroso darf in der FAZ der deutschen Regierung Naivität vorwerfen.

Man kann konstatieren: Die Bundesregierung hat nicht nur, wie sonst üblich, gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung verstoßen. Sie hat für jedermann ersichtlich die Interessen ihrer Klientel, der großen Kapitaleigentümer, der Unternehmen und ihrer Manager, schlecht vertreten. Sie hat durch schlechtes politisches Management dafür ge-

sorgt, dass aus dem Problem der Staatsfinanzen eines kleinen Mitgliedslandes der Eurozone eine schwere Krise der Währungsunion wurde.

Wie kam es dazu? Die Journalisten und die politische Konkurrenz stellten fest, dass die drohende Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen die Regierung davon abgehalten hat, gleich das einigermaßen Vernünftige zu tun und Griechenland schnelle finanzielle Unterstützung aus dem Staatshaushalt zu gewähren. Diese Theorie hat viel für sich. Allerdings stellt sich die Frage, warum die Parteiführungen von CDU, CSU und FDP eine schnelle und unbürokratische Unterstützungsaktion für den griechischen Staatshaushalt für dermaßen unpopulär gehalten haben, dass sie Angst hatten, damit viel Wählerstimmen zu verlieren. Schließlich hatten sie für die deutschen Banken im Herbst 2008 mit 480 Milliarden Euro schon ganz andere Beträge ausgegeben. Allein die unbedeutende, kleine IKB hat mit mehr als 10 Milliarden Euro etwa so viel Geld gekostet wie der deutsche Anteil einer zügigen Garantieerklärung für Griechen-

land ausgemacht hätte. Sind die Banken wirklich so viel beliebter beim deutschen Publikum als die Griechen?

BANKENRETTUNG GELOBT Na ja, mittlerweile vielleicht, wird man sagen. Immerhin haben Bild-Zeitung, ARD, ZDF, Spiegel, FAZ und andere viel Aufwand betrieben, um zu suggerieren, dass jeder Cent, der den Griechen vorgeschossen wird, demnächst sinnlos verprasst wird und deshalb auf Nimmerwiedersehen verloren ist. Als es um die deutschen Banken ging, war der Tenor in den Leitmedien anders. Da wurde philosophisch gezweifelt, ob man das schöne Geld auch wiedersehen würde, da wurde gelegentlich Empörung laut, als Teile davon in Gestalt satter Hypereinkommen bei den Bankern wieder auftauchten. Generell jedoch war die Bankenrettung in der publizierten Meinung alternativlos. Die Presse, ja sogar die Kirchen lobten die Politik damals ob ihres entschlossenen Handelns.

Wie kommt es, dass die staatstragenden und marktwirtschaftlich gesonnenen Medien in den beiden Fällen so unterschied-

lich reagiert haben? Wie wir jetzt aus einem Teil dieser Medien erfahren (und was wir auch schon vorher wussten), sind die Währungsunion und der schöne Euro für den deutschen Kapitalismus nicht minder wichtig als das Überleben der Banken. Nur um diesen Gedanken noch einmal zu rekapitulieren: Der einheitliche Binnenmarkt mit einer Währung, die nicht bei jeder zweiten Wendung der Konjunktur und jeder Laune des Devisenmarktes abschmiert, sichert den bei weitem größten Anteil am Absatz der deutschen Exportunternehmen. Mit einem solchen Markt vor der Haustür lässt sich nicht nur der Absatz, es lassen sich auch die Erlöse blendend planen. Wenn man nun die Kosten im Inland ein wenig unter Kontrolle hält, was ja angesichts der freundlichen und kooperativen Gewerkschaften kein Problem ist, kann man auch die Profitsteigerung prächtig planen und Aktionären und Börse zweistellige Raten in Aussicht stellen. Die Kapitalisten anderer Länder profitieren selbstverständlich auch vom Euro. Aber da nun einmal die deutschen Exporteure im Euro-Binnenmarkt den größten Anteil haben, ist auch deren Interesse am Erhalt des Status quo am größten. Barroso hat in dem erwähnten FAZ-Interview die Kanzlerin sachte an diese Tatsache erinnert: Platzt die Währungsunion, hat Deutschland einig Exportland den größten Schaden.

Nur soll darüber möglichst nicht geredet werden. Wer auf dem Markt sein Interesse an einer Sache zu offen zur Schau stellt, treibt den Preis hoch. Deshalb wurde in Deutschland der Mythos erdacht und gepflegt, seine Regierungen hätten den Euro aus rein politischen, gar friedenspolitischen Motiven heraus den anderen Nationen zugestanden. Oder diesen gar geschenkt. Und um die Sache wirklich billig zu machen, wurde in den Maastricht-Vertrag zur Währungsunion und später in den Lissabon-Vertrag die Regel eingeführt, kein Staat werde für die Schulden eines anderen haften. Das klingt wie eine vernünftige Regel. Denn warum sollten in der Tat österreichische Steuerzahler für Ausgaben aufkommen, die Belgier für

ihre Straßen, ihre Armee und die Subvention ihrer Industrie getätigt haben? Ein solches Verhalten ist unter souveränen Staaten nicht üblich. Allenfalls gewährt man sich unter Freunden einen Kredit, etwa wie Helmut Schmidt einmal der klammen italienischen Regierung mit einer Milliarde DM unter die Arme griff, weil die damals noch als gefährlich geltende KPI kurz davor stand, in die Regierung einzutreten, um das Staatswesen zu stützen. Nur damals war der Euro noch ein fernes Zukunftsprojekt.

VORTEILE DES MAGERSTAATES Wenn Staaten allerdings ihre Währungen zusammenlegen und eine gemeinsame schaffen, geben sie ein gehöriges Stück Eigenstaatlichkeit zugunsten eines neuen Gemeinwesens auf. Die typische Reaktion eines national Gesonnenen auf ein solches Projekt muss daher Ablehnung sein. Schließlich kann ein Staat ohne eigene Währung nur eingeschränkt Wirtschaftspolitik betreiben. Auf- und Abwertung, Veränderung des Zinsniveaus, Verfügung über den Notenbankgewinn, all das wird dem Einzelstaat als Entscheidungskompetenz entrissen und sozusagen zwischen den beteiligten Staaten vergesellschaftet. Die Patrioten an der Spitze deutscher Großunternehmen, Banken, Unternehmerverbände, der Bundesbank und des CDU-Wirtschaftsrates dagegen sahen in der Schwächung staatlicher Wirtschaftsmacht durchaus Vorteile. Schließlich meinen sie, dass ein abgespeckter Magerstaat sie freier, deregulierter und ungezügelter ihren Geschäften nachgehen lässt. Zudem ist ein magerer Staat deutlich billiger als ein starker.

Die Euro-Währungsunion wurde deshalb auf Betreiben deutscher Politiker und Notenbanker so konstruiert, dass keine übergreifende Wirtschaftspolitik betrieben wurde. Allein die neu geschaffene Europäische Zentralbank durfte und sollte mit

dem Auf und Ab der Leitzinsen die Inflation eindämmen und den Euro damit stahlhart wie einst die D-Mark machen. Ansonsten wurden die nun so eng verknüpften und vereinten Volkswirtschaften dem segensreichen Wirken der freien Märkte, insbesondere der Finanzmärkte, überlassen. Die gelegentlich vom Volkswilligen verführten Regierungen oder gar Parlamente sollten keinerlei Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen ausüben können. Dass es unter diesen Umständen zu massiven Ungleichgewichten kommen musste, hat die deutsche Seite zwar gewusst, aber nicht gestört. Im Gegenteil: Alle Vorschläge anderer Euro-Teilnehmer, wirtschaftspolitische Ausgleichsmechanismen zu suchen, wurden abgebürstet.

Nun, da nach vielen Fehlern und einigem Missgeschick mit sehr viel Geld das sofortige Platzen der Währungsunion noch einmal abgewendet worden ist, könnte die deutsche Staats- und Wirtschaftsführung vielleicht etwas gelernt haben. Sie könnte vielleicht den Vorschlag der französischen Finanzministerin Christine Lagarde aufgreifen und einer Abstimmung nationaler Politik zustimmen. Sie könnte vielleicht durch



eine Ermutigung zu höheren Löhnen, durch Beschlüsse zur Erhöhung von Renten und Sozialleistungen und mittels einer Senkung der Mehrwertsteuer den Endverbrauchermarkt im deutschen Inland ankurbeln. Dafür würde zum Beispiel Griechenland die unproduktiven Staatsausgaben für das Militär kürzen. So könnten peu à peu der Exportüberschuss Deutschlands und der Importüberschuss südlicher Euro-Länder reduziert werden.

Der Euro hätte ein wenig Zukunft. Allein, das ist und bleibt Illusion. Nichts deutet darauf hin, dass die Eliten dieses Landes bereit sind, aus ihrem Scheitern zu lernen. Sie werden weiter alles tun, um durch Druck auf Löhne und Sozialleistungen ihre eigene Wettbewerbsposition zu verbessern. Sie werden es weiter ablehnen, wie es selbst innerhalb eines kapitalistischen Staates ansatzweise geschieht, für einen Ausgleich der ökonomischen

Verhältnisse im gemeinsamen Währungsgebiet zu sorgen. Sie werden, so lange es geht, ihren alten Kurs fahren.

Deshalb und nur deshalb hat die Euro-Union nicht mehr viel Zukunft vor sich.

Lucas Zeise schreibt im 14-Tages-Rhythmus – jeweils am Dienstag – seine Kolumne für die *Financial Times Deutschland*. Sein neues Buch über das Geld erscheint im Herbst 2010 im Verlag PapyRossa.

Köhler, Krieg & Klasse

14

Horst Köhler hatte seinen am 31. Mai 2010 verkündeten Rücktritt als deutscher Bundespräsident in den Zusammenhang mit der Kritik an seinen „Äußerungen zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr“ gestellt. Es geht hier erstens um Irreführung und zweitens um einen Nebenkriegsschauplatz.



Montage: J.Römer

IRREFÜHREND: Ein Land wie die Bundesrepublik müsse, so Köhler im O-Ton, „mit dieser Außenhandelsorientierung (...) auch wissen, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren.“ Es gehe darum, „ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen, negativ bei uns, durch Handel Arbeitsplätze und Einkommen zu sichern.“ Just so, wenn auch eher druckreif, formulierten es die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ der Bundeswehr von 1992. Grundehrlich hieß es damals: „Die Bundeswehr wird Danach wird einge-

setzt zur „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“.

NEBENKRIEGSSCHAUPLATZ: Die herrschende Klasse sah in Köhler in Zeiten der Krise schlicht nicht mehr den richtigen Mann am richtigen Platz. Köhler hatte als IWF-Präsident funktioniert. 2003 forderte er, was man 2010 gerne gehört hätte:

„Jetzt müssen die Arbeits- und Sozialkosten deutlich gesenkt und ein investitionsfreundliches Klima geschaffen werden.“

Stattdessen plapperte Mr. President bei Krisenbeginn, am 15. Mai 2008, darüber, „dass sich die internationalen Finanzmärkte zu einem Monster entwickelt haben.“ Am 30. April 2010 postulierte er: „Die Politik muss ihr Primat über die Finanzmärkte wiedergewinnen. Sie hat den Interessen der Finanzmarktakteure zu viel Raum ohne Regeln überlassen.“

Das wollte in der herrschenden Klasse niemand hören. Das *Handelsblatt*: „In der politischen Klasse geriet der Präsident so zwischen alle Stühle (...) Die Hoffnung, dass der (...) frühere Direktor des IWF endlich die richtigen Worte zur Finanzkrise finden würde, verlor sich, je heftiger Köhler seine Kritik auf die Banken fokussierte und die Finanzmärkte gar zu 'Monstern' stilisierte.“ (1.6.2010). Der *Spiegel* am Tag vor Köhlers Rücktritt: „In der politischen Klasse ist inzwischen ein dramatischer Autoritätsverlust des Staatsoberhauptes zu besichtigen.“ (22/2010). Die *Börsenzeitung* am Tag nach dem Rücktritt (1.6.): „Als die Märkte mit ihrer Attacke auf Griechenland (...) den Euro in die Krise stürzten (...), da war von Bundespräsident (...) kaum etwas zu hören. Sofern er sich dann doch meldete, echauffierte er sich über die Finanzmärkte und geißelte sie als 'Monster'.“

Köhler agierte beim Rücktritt nicht. Er reagierte – darauf, dass seine Klasse ihn fallen ließ, weil sie von ihm ein klassenbewusste(re)s Auftreten – zum „Sparen“, in Verteidigung von Markt & Euro – erwartet hatte.



www.Sozialismus.de

Im Juni: Redaktion Sozialismus: Politikwechsel in SPD? | Niels Kadritzke: Griechenland – Einschneidende Reformen wirken nur mit europäischer Solidarität | Joachim Bischoff: Euro, Griechenland und zweite Phase der großen Krise | Ch. Ehlscheid/K. Pickshaus/H.-J. Urban: Die große Krise und die Chancen der Gewerkschaften | Jürgen Ostrowsky: Südafrika – Zusammengehalten durch die Fußball-WM? | Manfred Laueremann: Ludwig von Friedeburg (21.5.1924–17.5.2010)

Probeabo (3 Hefte): € 10,-; Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg. Fax 040/28 09 52 77-50, E-Mail: redaktion@sozialismus.de